

## **Armut überwinden und Partizipation fördern**

### **Sozialpolitische Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009**

**der Werke und Verbände der  
Evangelischen Kirche in Deutschland**

**Konferenz  
Kirchlicher  
Werke und  
Verbände  
in der EKD**

*herausgegeben von der Konferenz Kirchlicher  
Werke und Verbände (KKWV) in der EKD*

*Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist der  
Prüfstein eines christlich verantworteten  
Gemeinwesens!*

An der Lage der Schwächsten entscheidet sich der Grad der Gerechtigkeit eines Rechtsstaates. Gerechtigkeit ist nur verwirklicht, wenn den Schwächsten die gleiche Würde zuerkannt wird wie den Stärksten. Die gleiche Würde der Menschen ist Voraussetzung persönlicher Freiheit. Auf der Grundlage dieses christlichen Menschenbildes hat die Konferenz Kirchlicher Werke und Verbände in der EKD (KKWV) sozialpolitische Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl entwickelt. Die Wahlprüfsteine sollen der persönlichen politisch-ethischen Orientierung von Christinnen und Christen in den Mitgliedseinrichtungen dienen und zugleich Gesprächsgrundlage für Diskussionen mit den politischen Parteien im Bund, in der Region und mit ihren Bundestagsabgeordneten bilden. Zu zehn Themenfeldern wurden Statements entwickelt, die mit Hilfe der folgenden Leitfragen an die Politik diskutiert werden sollen:

- Wie nehmen Sie die beschriebene Situation wahr?
- Wie würden Sie unsere Beurteilung kommentieren?
- Wie wollen Sie die Situation verändern und welche Chancen und Hemmnisse sehen Sie?



*Deutschland war noch nie so reich  
wie heute. Aber offensichtlich ist  
der Reichtum ungleich verteilt.*

Laut Artikel 14 und Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat, der auch durch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums für sozialen Ausgleich sorgt. Zugleich ist Deutschland ein reiches Land. Zehn Prozent der deutschen Bevölkerung verfügt über 40 Prozent des Geldvermögens. Der Staat ist gefordert, diese Eigentumsverpflichtung stärker einzufordern. Zunehmend ist zu beobachten, dass Kapitalinteressen Vorrang haben vor der Verantwortung für das Gemeinwesen. Wirtschafts- und Sozialpolitik haben bisher noch keinen Weg gefunden, die trotz Börsenkrise nach wie vor existierenden Kapitalmarktgewinne im Sinne einer Sozialpflichtigkeit des Eigentums ernstzunehmenden Ausgleiches zu besteuern. Wer über Armut spricht, darf über Reichtum nicht schweigen.

**II.**

**Armut schränkt Familien mit Kindern in ihren Entfaltungsmöglichkeiten ein. Wachsende Armut auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung ist ein Skandal!**

Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt: Die Schere zwischen arm und reich hat sich weiter geöffnet. Jeder vierte Bundesbürger ist arm oder von Armut bedroht. 13 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, weitere 13 Prozent leben von staatlichen Sozialtransfers. Besonders Kinder sind von Armut betroffen, dabei vor allem Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden und Familien mit Migrationshintergrund. Insgesamt leben 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Armut, von insgesamt 14,5 Millionen in dieser Altersgruppe. Sie erfahren unmittelbar, dass Armut Ausgrenzung heißt und dass sie nicht mithalten können – wir beobachten zudem, dass Kinder bei schlechter Ernährung auch häufiger krank werden.

**III.**

**Bildungsarmut gefährdet die Entwicklung eines Gemeinwesens. Ausbildungsdefizite von Jugendlichen werden die Armutsquote in Deutschland erhöhen.**

Die hohe Zahl der Jugendlichen mit Ausbildungsdefiziten lässt befürchten, dass langfristig mit einer Armutsquote von 20% zu rechnen ist. Erstmals wird im Armuts- und Reichtumsbericht festgestellt, dass Reichtum nicht nur monetär zu beschreiben ist, sondern dass gerade in Deutschland in hohem Maße Bildungs- und Teilhabechancen mit der sozialen Zugehörigkeit vererbt werden. Zudem werden die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Jungen und Mädchen bei ihrer Ausbildung nicht ausreichend berücksichtigt. Die Infrastruktur des Elementarbereiches, Bildungsstandards, Betreuungsqualität der öffentlichen Einrichtungen wie die Struktur und Inhalte des deutschen Schulsystems bedürfen einer grundlegenden Neugestaltung. Deutschland hat hier im europäischen Vergleich erheblichen Nachholbedarf. Dies gilt auch mit Blick auf die schlechten Arbeitsplatzchancen deutscher Schüler sowie auf die Qualität ihrer beruflichen Bildung.

**IV.**

**Ein Arbeitsplatz bedeutet nicht automatisch die Überwindung von Armut. Der Niedriglohnsektor wächst in Deutschland wie in keinem anderen westeuropäischen Land.**

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland liegt im Wahljahr 2009 unter der im Jahr 2000. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich innerhalb eines Jahres dramatisch zugespitzt, eine Entlastung ist angesichts der Wirtschaftskrise nicht zu erwarten. Zudem hat sich die Struktur der Beschäftigung verschlechtert. Niedriglöhne sind eine Massenerscheinung. Der Niedriglohnsektor steigt in Deutschland wie in keinem anderen Land Westeuropas. Viele Niedriglohn-Verdiener verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Die 5,6 Mio. Niedriglohnbeschäftigten verdienen in Westdeutschland im Durchschnitt 6,89 Euro. Seit 2004 ist das Durchschnittseinkommen im Niedriglohnsektor sogar noch gesunken. Die Lohnquote, der Anteil, den Arbeitnehmer vom gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum haben, ist von 72 Prozent (2000) auf 64,6 Prozent (2007) gesunken.

**V.** *Erwerbslosigkeit in einer Arbeitsgesellschaft behindert selbstverantwortliche Daseins- und Altersvorsorge und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.*

Die sinkenden Erwerbslosenzahlen der vergangenen Jahre waren in hohem Maß dem Anstieg von Zeitarbeit, Minijobs und prekärer Selbständigkeit geschuldet. Heute steigen die Erwerbslosenzahlen und die heranwachsende Generation der Auszubildenden sieht sich mit einer historischen Job-Krise konfrontiert. Damit verschärft sich auch die Situation für Langzeitarbeitslose, Personen mit Suchtproblemen, behinderte Arbeitnehmer und andere so genannte Problemgruppen. In den aktuellen Arbeitsmarkt Konzepten, die sich auf arbeitsmarktnahe und flexible Beschäftigungsverhältnisse konzentrieren, wird der Rückgang von Arbeitsplatzangeboten in der Industriearbeit zugunsten des Dienstleistungsmarktes zu wenig berücksichtigt. Die Sozialsysteme stehen angesichts dieser Situation, die sich aufgrund zunehmend gebrochener Erwerbsbiografien und damit einhergehender Lücken in der Altersvorsorge noch verschärfen wird, vor neuen, bisher ungelösten Finanzierungsproblemen.

**VI.** *Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit schließt die Frage nach der Gleichberechtigung der Geschlechter ein.*

Frauen nutzen heute ihre – nicht zuletzt durch die Einführung des Elterngeldes verbesserten – Chancen, durch Erwerbsarbeit ihr Armutsrisiko zu begrenzen. Die Verschärfung der Arbeitsmarktkrise lässt jedoch befürchten, dass gerade ihre Partizipation an der Erwerbsarbeit durch die sinkenden Erwerbsarbeitszahlen bedroht ist. Vor allem für Alleinerziehende verschlechtert sich die Situation. Nach wie vor fehlen ausreichende Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf. Eine Erwerbsarbeit für Alleinerziehende mit mehreren Kindern lohnt sich wirtschaftlich im Vergleich zu den Sozialabsicherungen erst ab einer Gehaltssumme von 1800 – 2000 Euro. Aber auch Männer in typischen männlich konnotierten Berufen wie z.B. in der Automobilindustrie sind bereits jetzt von der Rezession besonders betroffen. Insgesamt geraten klassisch ausgebildete Männer bei der Vergabe der mit dem Strukturwandel einhergehenden modernen Arbeitsplätze ins Hintertreffen.

**VII.** *Leben in Armut und sozialer wie kultureller Ausgrenzung widerspricht einem Leben in Würde. Eine Gesellschaft, die nicht integriert, wird soziale Ungleichheit nicht überwinden.*

Armut ist weitaus mehr als materielle Not, Armut ist auch gleichbedeutend mit Ausgrenzung von der Inanspruchnahme vieler gesellschaftlicher Möglichkeiten, wie sie zum Beispiel in Bildung, Kultur, Kirche, Vereinen und Verbänden angeboten werden. Armut verhindert, dass Menschen ihre Qualifikation einbringen und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Diese Situation betrifft gerade Menschen mit geringerer Bildung in unserem Land. Sie führen vielfach ein Leben neben unserer Gesellschaft. Vor allem junge Menschen begeben sich angesichts fehlender Perspektiven und mangelnder Anreize zur Veränderung ihrer Situation in die innere Opposition. Aber auch ältere Menschen, nicht selten Frauen, leben oft mit geringen Renten am Rande der Gesellschaft. Der Dialog der Generationen findet nur selten statt und demografische Krisenszenarien schüren stattdessen gegenseitige Ängste und Vorurteile.

**VIII.**

**Armut bedroht die Gesundheit - eine wichtige innere Ressource um schwierige Lebensphasen zu überstehen. Die Krise des Gesundheitssystems schafft eine medizinische Zweiklassengesellschaft.**

Das praktizierte Finanzierungsmodell des Gesundheitssystems führt in vielen Fällen zu einer Verlagerung der Kosten auf die Patienten. Praxisgebühren lassen arme Menschen vor dem Arztbesuch zurückschrecken. Einschränkungen der Kassenleistungen führen zu qualitativ schlechterer Behandlung von Menschen, die sich Zuzahlungen nicht leisten können. Mangelhafte Ernährung und fehlende Aufklärung über gesunde Mahlzeiten lassen Kinder in sozial nicht privilegierten Familien häufiger krank oder auch übergewichtig werden. Soziales Minderwertigkeitsempfinden führt nicht selten zu psychosozialen Erkrankungen von Menschen, die von Armut betroffen sind. Ihnen fehlt die emotionale Sicherheit, die ihnen das nötige Vertrauen in die Zukunft gibt, um Herausforderungen anzunehmen und Mut zum Handeln zu finden.

**IX.**

**Die ökologische Ausbeutung unseres Planeten führt zur Verarmung von Menschen in den Ländern mit agrarischen Strukturen.**

Die Schöpfung leidet unter dem Raubbau durch den Menschen und ist bereits in Teilen irreparabel geschädigt. Der Schadstoffausstoß des industriellen Lebensstils hat den gegenwärtigen Klimawandel entscheidend verursacht. Mit dem Klimawandel verbindet sich zudem die Frage der Gerechtigkeit. Die multinationalen Konzerne unterstützten Industriestaaten als Hauptverursacher nehmen weniger Schaden als die Entwicklungs- und Schwellenländer, die die Hauptlast des Klimawandels zu tragen haben. Der Treibhauseffekt bedroht ganze Weltregionen und verschärft die Armut, er untergräbt die Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Länder und verstärkt die Ungerechtigkeit. Der Klimaschutz berührt somit Fragen der Menschenwürde und der Teilhabegerechtigkeit an den natürlichen Ressourcen. Der Klimawandel ist auch eine Frage der Menschenrechte.

**X.**

**Soziale Ungleichheit steht in radikalem Widerspruch zu der Gerechtigkeit Gottes. Christen können sich mit diesem Widerspruch nicht versöhnen.**

Christliche Theologie nennt Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit Sünde. Gott hat Christen erkennen lassen, dass ihr Handeln, das ihren Mitmenschen die Menschenwürde verweigert, Jesus Christus verleugnet. Der entscheidende Blickwinkel für Menschlichkeit und Gerechtigkeit ist daher der „Blick von unten“. Wo immer Menschen am Ende sind, nicht weiter wissen, eben ganz unten, wird der Anfang gemacht. Das Wissen um die Gottesebenbildlichkeit des Menschen findet Ausdruck in der Liebe zu den Hungernden, Dürstenden, Kranken, Gefangenen, zu den Fremden, zu denen ohne Heimat. Ob eine Gesellschaft aus der Sicht eines Christen also gerecht oder ungerecht ist, zeigt sich daran, ob sie die Armen schädigt, obwohl es eine realisierbare Alternative gibt